

Zugangsvoraussetzung von Fachhochschul- und Universitätsabsolventen für den gehobenen und höheren Dienst

Thesen der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

1. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird auch in Zukunft von einem leistungsstarken und qualifizierten öffentlichen Dienst abhängen. Die Bedeutung einer qualifizierten Eingriffs- und Leistungsverwaltung für die Funktionsfähigkeit und Leistungskraft eines Gemeinwesens wird durch die bestehende Tendenz, bislang vom Staat wahrgenommene Aufgaben einzustellen oder zu privatisieren, nur unterstrichen. Innerhalb der öffentlichen Verwaltung trägt der höhere Dienst besondere Verantwortung.
2. Die Leistungsfähigkeit des höheren Dienstes hängt nicht zuletzt davon ab, ob es ihm gelingt, integere Leistungsträger und intellektuelle Spitzenbegabungen für sich zu gewinnen und an sich zu binden. Neben einer wettbewerbsfähigen Besoldung und einer ausschließlich am Kriterium der Leistung orientierten Beförderung kommt dabei der Zuordnung von Hochschulabsolventen zu den Laufbahngruppen des gehobenen und des höheren Dienstes besondere Bedeutung zu.
3. Die AhD bekennt sich zum Laufbahngruppenprinzip. Es erscheint auch in Zukunft richtig, bei der Ernennung nach Maßgabe von Qualifikation, Eignung und Befähigung Zuordnungen zu unterschiedlichen Laufbahngruppen vorzunehmen. Es entspricht allgemeiner, auch und erst recht außerhalb des öffentlichen Dienstes geübter Praxis, nach Maßgabe der Vorbildung und dem Grad der bislang erreichten Qualifikation unterschiedliche Eingangsgehälter und unterschiedliche Laufbahnen vorzuhalten.
4. Zwischen den Laufbahngruppen bedarf es größtmöglicher Durchlässigkeit und Flexibilität. Die AhD bekennt sich ohne Vorbehalte zum Leistungsprinzip. Mithin kann die Eingruppierung in den höheren Dienst lediglich einen „Startvorteil“ bei der Einstellung bieten. Nach der Einstellung hat jede Art der Beförderung ausschließlich nach Leistungskriterien und nach Maßgabe dienstlicher Beurteilungen zu erfolgen. Dies bedeutet, daß z.B. ein Beamter des gehobenen Dienstes mit hohem Leistungsethos und

unter Beweis gestellter Leistungsfähigkeit relativ rasch einen Beamten des höheren Dienstes mit einer schlechteren dienstlichen Beurteilung überflügeln können muß.

5. Bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Zuordnung in den gehobenen und in den höheren Dienst sieht es die AhD als wenig hilfreich an, den bildungspolitischen Streit um die Gleichwertigkeit und die Ungleichartigkeit von Fachhochschulen und Universitäten mit den Mitteln des Dienstrechtes fortzusetzen. Die AhD spricht sich vielmehr für eine größere Flexibilisierung und Individualisierung aus. Jede Form einer generalisierenden Lösung wird sowohl den individuellen Qualifikationen und Fähigkeiten des Bewerbers als auch dem stellenspezifisch unterschiedlichen Stellenprofil einer ausgeschriebenen Position des höheren Dienstes nicht gerecht. Zu fordern ist daher nicht nur eine allgemeine, sondern auch eine spezielle „Paßgenauigkeit“ von Stellenbewerber und Stellenprofil. Diese „Paßgenauigkeit“ kann nur von der Einstellungsbehörde selbst definiert und festgelegt werden. Mithin ist den Einstellungsbehörden ein größerer Handlungsspielraum gegeben, auch Bewerber mit Fachhochschulabschluß in den höheren Dienst einzugruppieren.
6. Durch Beschlüsse der Innenministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz ist im Jahr 2002 demgegenüber der Zugang von Universitäts- und Fachhochschulabsolventen zum höheren Dienst über die Akkreditierung von Studiengängen geregelt worden. Danach werden die Masterabschlüsse der Universitäten den Laufbahnen des höheren Dienstes zugeordnet, während die Masterabschlüsse der Fachhochschulen dann den Zugang zum höheren Dienst eröffnen, wenn dies im Akkreditierungsverfahren für den Studiengang ausdrücklich festgelegt wird.

Die AhD ist nicht der Auffassung, daß dies ein praktikabler und zukunftsweisender Weg ist. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, daß die Akkreditierung von Studiengängen bislang und bis auf weiteres auf neueingerichtete Master- und Bachelorstudiengänge beschränkt und als Ersatz für ein staatliches Genehmigungsverfahren außerordentlich umstritten ist. Insofern ist schon nicht einzusehen, warum Masterstudiengänge von Fachhochschulen gegenüber Diplomstudiengängen an Fachhochschulen privilegiert werden sollen. Kritisch ist auch zu bemerken, daß eine solche Akkreditierungslösung gerade die Andersartigkeit von Fachhochschulstudiengängen und universitären Studiengängen verwischt, weil gleiche Qualifikationsanforderungen an die

akkreditierten Studiengänge gestellt werden. Schwerer wiegt aber, daß dieses Verfahren nicht an die Qualifikation des einzelnen Bewerbers um ein Amt im höheren Dienst anknüpft, sondern an den von ihm gewählten Studiengang. Damit steht der schlechteste Absolvent eines in dieser Weise privilegierten Studienganges besser als der beste Absolvent eines Diplomstudienganges einer Fachhochschule. Nicht die individuelle Leistungsfähigkeit wird honoriert, sondern die vermeintliche Leistungsfähigkeit eines Studiengangs.

7. Auch unter Einbeziehung der konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master schlägt die AhD für den Zugang von Fachhochschul- und Universitätsabsolventen zum gehobenen und zum höheren Dienst folgende Grundsätze vor:

- | | |
|---|---|
| a) Universitätsabsolventen mit Bachelorabschluß: | gehobener Dienst |
| b) Universitätsabsolventen mit Masterabschluß: | höherer Dienst |
| c) Universitätsabsolventen mit herkömmlichen Abschlüssen (Magister, Diplom, Staatsprüfung): | höherer Dienst |
| d) Fachhochschulabsolventen mit Bachelorabschluß: | gehobener Dienst |
| e) Fachhochschulabsolventen mit Masterabschluß: | gehobener Dienst |
| | oder nach Maßgabe einer Prüfung der Einstellungsbehörde: höherer Dienst |
| f) Fachhochschulabsolvent mit Diplom (FH): | gehobener Dienst |
| | oder nach Maßgabe einer Prüfung der Einstellungsbehörde: höherer Dienst |
| g) Fachhochschulabsolvent mit Diplom (FH) und universitärem Ergänzungsstudium: | höherer Dienst |
| h) Fachhochschulabsolvent mit Diplom (FH) und Promotion: | höherer Dienst |

8. Die von der AhD geforderte Flexibilität, Durchlässigkeit und individuelle Prüfung der vor der Einstellung erbrachten Qualifikationsleistung sowie die Paßgenauigkeit von Qualifikationsleistung und Anforderungsprofil der ausgeschriebenen Stelle darf nicht

zur Beliebigkeit führen. Deshalb verknüpft die AhD ihren Vorschlag mit der Forderung nach einer Quotierung. Danach darf bei einem Dienstherrn die Zahl der Fachhochschulabsolventen, die in den höheren Dienst eingruppiert werden, eine Quote von 20% nicht überschreiten.